

Pressemitteilung

Experten gegen generelles Fahrverbot bei Demenz

Neue Mobilitätsformen und somit Bewahrung von Teilhabe gefordert

Oldenburg. Wann ist ein an Demenz erkrankter Mensch nicht mehr fahrtauglich? Die Experten der Veranstaltungsreihe WissenSCHAFFT Gesellschaft des DemenzNetzes Oldenburg „Demenz und Autofahren“ konnten diese Frage nicht eindeutig beantwortet werden. Denn Demenz ist nicht gleich Demenz, und wo genau soll die Grenze verlaufen, und wer kann sie exakt ziehen?

Alle möchten so lange wie möglich mobil bleiben unabhängig von Demenz oder einer anderen Erkrankung. Mobilität, da waren sich alle Experten einig, schafft Unabhängigkeit und vor allem Teilhabe. Wenn sie auf dem Spiel stehen, entstehen fast immer Konflikte. Umgekehrt geht es um Fahrtüchtigkeit, also um das Wohlergehen der eigenen Person und das der anderen.

Für Dr. Mark Schweda, Ethikprofessor von der Universität Oldenburg, handelt es sich um eine Entscheidung zwischen Freiheit und Sicherheit und nicht um eine Frage von entweder oder. In diesem Spannungsfeld, möglichst lange Mobilität, Autonomie und soziale Teilhabe zu erhalten, und andererseits die allgemeine Verkehrssicherheit nicht zu gefährden, bewegen sich die Betroffenen und ihre Angehörigen.

Für Prof. Dr. Tania Zieschang, Direktorin der Universitätsklinik für Geriatrie am Klinikum Oldenburg, müssen wir das Mobilitätsproblem generell lösen, denn Plätze und Straßen sollten für Menschen und nicht für Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Sie plädiert deshalb für gelebte Teilhabe, und die beginnt mit intelligenten Transportmöglichkeiten. Ob zum Sport, zum Supermarkt oder zu Freunden, neue Formen der Mobilität sind ihrer Ansicht nach erforderlich, von denen nicht nur Demente sondern ein viel größerer Personenkreis und zudem die Umwelt profitieren würde.

„Wer seinen Führerschein abgibt und womöglich im ländlichen Gebiet lebt, der kann nicht mehr wie zuvor am Leben teilhaben“, stellt auch Dr. Marco Michels, Chefarzt für Neurologie, Psychiatrie, Geriatrie und Verkehrsmedizin am St. Elisabeth-Krankenhaus in Dorsten, fest. „Die Betroffenen empfinden den Verlust der Fahrerlaubnis als Lebensverlust und Selbstwertverlust“, berichtet er aus seiner täglichen Praxis. „Führerscheinabgabe ist wie der Einzug ins Altenheim“, umschreiben es seine Patienten.

„Typische Anzeichen für den Beginn einer Fahruntüchtigkeit sind geringes Tempo, das gehäufte Hupen der anderen, das Überfahren roter Ampeln, dichtes Auffahren, aggressiver Fahrstil, Nervosität und Ängstlichkeit, Beinahe-Unfälle oder wenn Beifahrer sich zunehmend unwohl fühlen“, berichtet Marco Michels. Außerdem überschätzten Demente ihre Fahrleistung, parallel dazu schwindet ihre Fähigkeit zur Einsicht und dann sei der Zeitpunkt gekommen, lenkend einzugreifen.

Während Ärzte der Schweigepflicht unterliegen, sind Angehörige nicht verpflichtet, diese Phänomene zu melden. „Ärzte klären vielmehr auf und das ist haftungsbefreiend“, klärt Rechtsanwalt Frank-Roland Hillmann aus Oldenburg auf. Das wurde allgemein begrüßt, weil sonst kein Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient bzw. Patient und Angehörigen mehr möglich sei.

Erfährt jedoch die Führerscheinstelle von begründeten und erwiesenen Tatsachen, dann hat sie eine Amtsermittlungspflicht. Das heißt, sie beauftragt Experten, um möglichen Hinweisen fundiert nachzugehen. „Auch wir von der Polizei melden starke Auffälligkeiten der Führerscheinstelle“, berichtet Klaus Blaser von der Polizei Oldenburg.

Verena Leve, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Allgemeinmedizin am Universitätsklinikum Düsseldorf, hält die Rolle des Hausarztes für besonders relevant. Er wird bei Problemen zuerst aufgesucht und kann möglicherweise positiven Einfluss auf die Erkrankten nehmen und auch die Angehörigen unterstützen. Wie das gelingen kann, hat sie zusammen mit Medizinern, Ethikern, Juristen, Polizei, Beratungs- und Prüfstellen erforscht und entsprechende Vorgehensempfehlungen für Hausärzte entwickelt, die unter <https://www.familienmedizin.org/familienmedizin/autofahren-und-demenz/> abrufbar sind.

Grundsätzlich haben alle Experten davor gewarnt, Demente und alte Menschen zu diskriminieren und in Schubladen zu packen. Es seien vor allem Jüngere, die schwere Unfälle verursachen würden und niemand käme auf die Idee, ihnen pauschal das Fahren zu verbieten, hieß es. Würden jedoch Ältere einen Unfall verursachen, werde sofort der Ruf nach Führerscheinentzug von alten Menschen laut. Jeder Mensch müsse bezüglich seiner Fahrtüchtigkeit individuell betrachtet werden, war die einhellige Meinung. Deute sich eine mögliche Fahruntüchtigkeit an, sei ein sensibles und frühzeitiges Vorgehen seitens der Angehörigen und Ärzte gefragt.

Foto: Lukas Lehmann